

22. Februar 2007, 06:30, NZZ Online

Gemischte Reaktionen auf die Energiepolitik des Bundes

Von Neuausrichtung bis verpasste Chance

Der Bundesrat erntet für seine neue Energiepolitik erwartungsgemäss sehr unterschiedliche Reaktionen. Von der einen Seite wird das Festhalten an der Atomkraft kritisiert. Die Befürworter hingegen bemängeln die Verzögerung beim Bau weiterer Kernkraftwerke.

(sda/ap) Die am Mittwoch vom Bundesrat beschlossene neue Energiepolitik trägt der Landesregierung Lob und Tadel ein. Kritisiert wird sowohl das grundsätzliche festhalten am Atomstrom als auch die zögerliche Umsetzung beim Bau neuer Atomkraftwerke.

FDP: Neuausrichtung zu begrüßen

Die FDP begrüsst im wesentlichen die Neuausrichtung der Energiepolitik, lehnt aber grosse Gaskraftwerke ab. Diese verursachten Millionen Tonnen von CO₂ und liefen den Klimazielen zuwider, teilte die FDP am Mittwoch mit. Daran ändere auch eine vollständige Kompensation der Emissionen nichts. Statt der Gaskraftwerke seien rasch Kernkraftwerke für die sichere und wirtschaftliche Stromproduktion zu realisieren. Die FDP lobte den Bundesrat aber dafür, endlich die künftige Energiepolitik der Schweiz festgelegt und dabei «die bisherige ideologische Linie des Bundesamts für Energie» korrigiert zu haben.

CVP: Keine zusätzlichen Kernkraftwerke

Die CVP will bestehende Kernkraftwerke nur ersetzen, wenn die Energielücke nicht mit anderen Mitteln geschlossen werden kann. Den Bau zusätzlicher Kernkraftwerke lehnt die Partei laut ihrer Sprecherin ab. Die Partei sieht sich in der neuen Energiepolitik des Bundesrats bestätigt.

SP: Bekenntnis zu Atomstrom nicht akzeptabel

Die SP hat den Grundsatzentscheid des Bundesrats für Energieeffizienz und erneuerbare Energien begrüsst. Es müssten nun aber griffige Massnahmen folgen. Nicht akzeptabel sei allerdings das Bekenntnis der Landesregierung zur Atomkraft zur Schliessung der Stromlücke. In der Praxis habe dies allerdings wenig Auswirkungen, sagte die Sprecherin und verwies auf die langen Fristen und ein allfälliges Referendum. Grundsätzlich nicht notwendig seien auch Gaskombikraftwerke als Übergangslösung. Denn laut SP werden die erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne und Biomasse in einigen Jahren auch in der Schweiz marktreif sein und ein starkes Wachstum verzeichnen.

SVP: Bundesrat hat den Ernst der Lage erkannt

Die SVP lobte das Bekenntnis des Bundesrats zur Kernenergie. Endlich habe der Bundesrat den Ernst der Lage erkannt und wolle jetzt der Gefahr einer Stromlücke begegnen, teilte die SVP mit. Damit sei der Weg frei für eine umweltschonende und zukunftsgerichtete Energiepolitik ohne rosa Brille. Die SVP fordert vom Bundesrat, die Gesetze rasch anzupassen, damit neue Kraftwerke schnell realisiert werden können.

Auch die Überbrückungslösung mit Gaskraftwerken stösst bei der SVP auf Zustimmung. Und gleichfalls positiv sieht sie die Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz. Angesichts der bereits hohen Energieeffizienz in der Schweiz sei es indes fraglich, ob eine weitere Effizienzsteigerung eine der tragenden Säulen einer schweizerischen Energiepolitik sein könne.

Grüne: Vorgehen zu zögerlich und falsch

Für die Grünen ist die Energiestrategie des Bundesrats viel zu zögerlich und in wichtigen Punkten falsch.

Der Bundesrat hätte für die Verbesserung der Energieeffizienz und die Förderung der erneuerbaren Energien schon längst griffige Massnahmen beschliessen können, teilte die Partei am Mittwoch mit. Jetzt ein Aktionsprogramm für Ende 2007 in Aussicht zu stellen, sei sehr zögerlich.

Völlig auf dem Holzweg sei der Bundesrat mit der Ankündigung, Atomkraftwerke seien notwendig. Mit griffigen Spar- und Effizienzmassnahmen, einer ökologischen Steuerreform und der Förderung erneuerbarer Energien sei kein neues AKW nötig. Auch grosse Gaskraftwerke seien eine falsche Strategie. Als geradezu grotesk bezeichnen die Grünen die Idee, den CO₂-Ausstoss vor allem im Ausland zu kompensieren.

Stromhersteller: Bereits in den Startlöchern

Die Stromhersteller stehen für den Erhalt und Ausbau der Kernenergie schon in den Startlöchern. Die Aare Tessin AG für Elektrizität (Atel) prüft laut Pressesprecher ernsthaft, ob sie ein grosses Projekt starten wolle. Die Atomenergie spiele dabei eine wichtige Rolle. Ganz ähnlich tönt es beim Schweizer Energiekonzern Axpo: Um die Stromversorgung sicherzustellen, brauche es den Ersatz und den Ausbau von Kernkraftwerken. Für allfällige Neubauten seien die bestehenden Standorte am besten geeignet, weil dort die Akzeptanz in der Bevölkerung am grössten sei.

Auch die BKW FMB Energie AG hält sich alle Optionen offen. Einhelliger Tenor in der Branche ist, bei der Stromproduktion auf einen Mix von verschiedenen Kraftwerkstypen setzen zu wollen. Gaskraftwerke, die wegen ihrem CO₂-Ausstoss umstritten sind, sollten lediglich als Übergangslösung dienen, bis die neuen AKW ihren Betrieb aufnehmen könnten.

Greenpeace: Mutloser Entscheid

Greenpeace Schweiz hält nicht viel von der bundesrätlichen Energiepolitik. Das sei ein mutloser Entscheid, der dem Klima nicht helfe. Mit dem Festhalten an Grosskraftwerken setze der Bundesrat die Hochenergie- und Verschwendungspolitik fort, die schuld sei am Klimawandel. Dem Bundesrat in der heutigen Zusammensetzung fehle offensichtlich der Mut zu einer zukunftsfähigen Klima- und Energiepolitik.

Aves: Neues AKW muss 2018 stehen

Die Aktion für eine vernünftige Energiepolitik (Aves) fordert den raschen Ersatz von Kernkraftwerken an den bestehenden Standorten zur Entschärfung der drohenden Stromlücke. «Ein neues AKW muss im Jahr 2018 stehen, und das Volk soll darüber entscheiden», sagte Aves-Vizepräsident Konrad Studerus am Mittwoch. Die Gewichtung in der neuen Energiepolitik des Bundesrats sei insofern falsch, als nun mit dem Entscheid über Grosskraftwerke nicht mehr mehr zugewartet werden dürfe. Nichts hält die Organisation von Gaskombikraftwerken als Übergangslösung, denn wenn diese einmal gebaut seien, würden sie mehrere Jahrzehnte laufen.

Nuklearforum: Erfreut über Klarheit

Das Nuklearforum Schweiz hat sich über die Deutlichkeit und Klarheit des Entscheids des Bundesrates zur Energiepolitik erfreut gezeigt. Es sei auch für die Nuklearbranche ein wichtiges Signal. Der Entscheid zeuge von Vernunft sowie Weitsicht und lege eine Basis für das weitere Vorgehen. Der heutige Strommix habe sich bewährt.

Economiesuisse: Bedauern über Verzögerung

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat Bedauern über die weiteren Verzögerungen in der Energiepolitik geäussert. Besonders unschön sei, dass das Thema auf die Zeit nach den Wahlen verschoben werde. Der Bau von Grosskraftwerken werde von der Wirtschaft begrüsst und auch die dabei angestrebte Verkürzung der Verfahren. Die Kernkraftwerke seien eine bewährte Technologie, bei den Gas-Kombi-Kraftwerken dagegen gebe es das Problem mit zusätzlichen CO₂-Emissionen. Der sparsame Umgang mit Energie sei sicher zu begrüssen. Bei den erneuerbaren Energien werde das Potenzial immer kleiner.

Energiestiftung: Verpasste Chance

Die Schweizerische Energiestiftung (SES) lehnt die Neuausrichtung der Energiepolitik ab. Der vom Bundesrat skizzierte Weg sei absolut inakzeptabel, sagte SES-Projektleiter Bernhard Piller. Die in Aussicht

gestellten Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien seien nach wie vor zu unverbindlich. Was der Bundesrat vorschläge, sei eine Energiezukunft ohne Zukunft und eine verpasste Chance.

Energieforum: Wichtiger Ansatz für Versorgung

Das bürgerlich dominierte Energieforum Schweiz begrüsst die Energiestrategie des Bundesrats. Es sei ein wichtiger Ansatz für die künftige Energieversorgung der Schweiz, teilte das Forum mit, das sich als die energiepolitische Stimme der Wirtschaft versteht. Mit der vorgeschlagenen Kombination von Gas- und Kernkraft beweise der Bundesrat Realitätssinn.

Mehr zum Thema:

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2007/02/21/il/newzzEYFX20RK-12.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG